

Beck macht viel Lärm um wenig

Zur aktuellen Debatte über die Sozialreformen erklärt **Ulrich Maurer**, Parlamentarischer Geschäftsführer:

Die Inszenierung um Kurt Becks "Sieg" über Franz Müntefering bei einer möglichen Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere verdeckt, dass der SPD-Chef viel Lärm um wenig soziale Veränderung macht.

Das längere Arbeitslosengeld I ist bis maximal 2011 befristet. Die Rente erst ab 67 wird in keiner Weise angetastet, der flexiblere Renteneintritt kommt als Prüfauftrag daher. Bei der Besserstellung der Hartz IV-Betroffenen reicht es gerade noch zu Absichtserklärungen.

Die SPD reagiert auf den Druck von links. Das 8-Punkte-Programm aber versucht vorzugaukeln, dass ohne grundlegende Abkehr von der Agenda 2010 Deutschland sozialer gestaltet werden kann. Damit nicht nur ein halber Schritt in die richtige Richtung herauskommt, muss sich der Druck von links verstärken. Denn je stärker die Linke, umso sozialer wird Deutschland.

DIE LINKE
Stefan Dreher
Marienstraße 3A
70178 Stuttgart

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Euch zu unserer

Arbeitskonferenz

Mindestlohn/Lohndumping/Leiharbeit
am 24. November 2007 ein.

Beginn ist um 10:15, Ende um 15:00. Die Veranstaltung findet statt im Sitzungssaal des ver.di Landesbezirks in Stuttgart, in der Königsstraße 10A (3 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt).

Wir bitten darum, dass aus jedem Kreis mindestens 1 Vertreter bzw. Vertreterin anwesend ist. Darüber hinaus freuen wir uns wenn insbesondere viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter teilnehmen.

Bis zur voraussichtlichen Bundestagswahl 2009 wollen wir jeweils in Halbjahreszeiträumen Schwerpunktthemen in der Partei DIE LINKE behandeln. Für das Winterhalbjahr steht Mindestlohn/Lohndumping/Leiharbeit an. Im Frühjahr/Sommer 2008 folgt das Thema Rente und dann im Herbst 2008 Sozialstaat/Daseinsfürsorge/Steuern.

Näheres zu dem jetzt anstehenden Thema findet ihr im Internet unter <http://www.wasg-gp.de/milolodum2.pdf> und im Beschluss des Parteivorstandes hier innen.

Wir wären euch dankbar, wenn ihr Euch bis spätestens zum 9. November 2007 anmelden würdet.

Michael Schlecht,
Hasso Ehinger,
Stefan Dreher

Arbeitskonferenz

Mindestlohn Lohndumping Leiharbeit

Stuttgart

24. Nov. 2007

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Leiharbeit begrenzen

Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE vom 13. Oktober 2007

Leiharbeit boomt. Rund 800.000 Beschäftigte müssen in Leiharbeit arbeiten. Sie sind massivem Lohndumping ausgesetzt; durchschnittlich verdienen sie 40 Prozent weniger als die Stammbeslegschaften. Die zeitlich unbegrenzten Leiharbeitsverhältnisse, die wechselnden Arbeitsplätze und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes machen eine normale Lebensplanung unmöglich. Die Leiharbeit schwächt nicht nur die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben, sondern führt auch zu Lohndumping bei den unbefristet Beschäftigten. Leiharbeit verstößt gegen die Würde der Menschen. Die Bundesregierung widersetzt sich selbst geringfügigen Verbesserungen auf europäischer Ebene.

DIE LINKE fordert die gesetzliche Begrenzung der Leiharbeit und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten in den Leiharbeitsbetrieben.

Ein Betrieb, ein Tarif

Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen erhalten für gleiche Arbeit sowie gleiche Arbeitsbedingungen im Betrieb vom ersten Tag der Tätigkeit an mindestens die gleiche Vergütung wie die Stammbeslegschaft. Per Tarifvertrag kann nur nach oben abgewichen werden.

Flexibilitätsbonus

Beschäftigte einer Leiharbeitsfirma erhalten zusätzlich zu ihrer Entlohnung eine Flexibilitätsvergütung. Diese kann auch in Gestalt von bezahlter

Freistellung abgegolten werden. Mit dieser Flexibilitätszulage wird der außergewöhnlichen Einsatzbarkeit und damit verbundener persönlicher Belastungen de(n)r Beschäftigten in der Leiharbeit Rechnung getragen.

Befristung für Leiharbeitseinsätze

Beschäftigte der Leiharbeitsfirmen dürfen nur befristet bis maximal sechs Monaten in einem Betrieb entliehen werden.

Verbot befristeter Beschäftigung

Leiharbeitsfirmen dürfen ihre Beschäftigten nicht befristet, sondern nur unbefristet beschäftigen. Leiharbeiter/innen erhalten damit den vollen Kündigungsschutz nach Ablauf der 6 monatigen Wartezeit.

Begrenzung der Leiharbeitsbeschäftigung

Betriebsräte müssen verbesserte Informationsrechte und ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der maximale Obergrenze für die Beschäftigten in der Leiharbeit im Verhältnis zur Stammbeslegschaft erhalten.

Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben

Der Einsatz als „Streikbrecher/in“ ist verboten. Die Leiharbeitsfirmen sind verpflichtet, ihren betroffenen Beschäftigten während dieser Zeit den vollen Lohn weiter zu zahlen.

Verbot von Ablösesummen und Zeitlimits

Wird ein/eine Leiharbeiter/in vom entleihenden Betrieb eingestellt, darf der Verleihbetrieb keine Ablösesumme verlangen und/oder Fristen festsetzen in denen ein/e Leiharbeiter/in in dem Entleihbetrieb nicht eingestellt werden darf.

Hiermit melde ich mich zur Arbeitskonferenz am 24.11.07 in Stuttgart verbindlich an.

Vorname Name

Straße

PLZ Ort

Telefon

eMail

Kreisverband der Partei DIE LINKE.

Unterschrift

Dieser Abschnitt ist für einen Fensterbriefumschlag vorbereitet.